APO-PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

Herausgeber : SDS Hamburg Verantwortlich: M.Deter, Redaktion und Verlag: Hamburg 4 Annenstr.32, Tel.: 31 28 65 Erscheinungsweise: Montags vierzehntägig Abonnement : bei Zustellung per Post halbjährlich DM 8.- Postscheckkonto: Hbg. M.Deter 2293 32

MONTAG, den 10.3.69 Nr. 4 Einzelpreis Dm 0.50

Kritik der redaktionellen Politik

In einigen Artikeln der ersten drei Nummern der APO-PRESS wird eine Tendenz deutlich, die dem Selbstverständnis des Informationsdienstes als Organ der arbeitenden Gruppen widerspricht. Diese Tendenz manifestiert sich in der Vermischung von Information und Kommentar, wodurch ein bestimmtes Vorverständnis in den Informationsgehalt einfließt und dem Leser durch eine ästhetisierende Darstellungsform suggeriert wird. Dieses subkulturäre Gebaren hat eine pädagogische Funktion, die autoritär ist: es provoziert nämlich eine schon hineingelegte Antwort. Die Informationen werden so durch die ästhetisierende und kommentierende Darstellungsweise erschlagen, d.h. ihr politischer Gehalt wird verschleiert.
Exemplarisch für diese Tendenz scheint der Schmiedel-Artikel in Nr. 3 zu sein, in dem nicht die Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Genossen zum Fall Schmiedel im Mittelpunkt steht, sondern im Gegenteil dadurch kompensiert und abreagiert wird, daß die Geschehnisse in einen aneinandergereihten und nicht analysierenden Zusammenhang gestellt werden und damit für den Leser - wie wohl auch für den Autoren selbst - wie in einem Krimi ablaufen. Der erlebnisberichthafte Charakter dieser "story", der unter Hinzunahme klischeehafter Wendungen und unreflektierter Zitate nach Spiegel-Manier ("AStA-Boß Hopfenmüller"; "Hamburgs härtester APO-Mann" (konkret) etc.) nicht einmal den Versuch macht, die Manipulationsmechanismen der überkommenen Journalistensprache zu durchbrechen, deutet die Gefahr an, daß auch Genossen zunehmend die politischen Zusammenhänge des Herrschaftsapparates auf der Basis eines unausgesprochenen Einverständnisses internalisieren und damit der Entpolitisierung Vorschub leisten. Der Herrschaftsapparat erscheint in diesem Einverständnis als ein übermächtiger und unüberwindlicher, dem man sich scheinbar nur durch Ironie und Ästhetisierung entziehen, den man aber nicht mehr durch politischen Kampf beseitigen kann. Denn durch die Ästhetisierung

wird der Blick auf die politischen Zusammenhänge versperrt und die Möglichkeit des politischen Kampfes verdrängt.
Daraus leitet sich die Konsequenz ab, daß sich APOPRESS seiner eigentlichen, ursprünglich intendierten Aufgabe erneut zuwendet. Diese liegt grob gesagt in Zwei Ebenen :

1 - Die durch unsere Strategie des Rückgangs an die relevanten sozialen Basen (Betrieb, Schule, Uni) und die damit verbundene Dezentralisierung der arbeitenden Projektgruppen tendenziell aufgehobene Kommunikation wieder herzustellen.

2 - Durch genaue und kontinuierliche Informationen über die herrschenden Apparate und deren immanente Widersprüche diese zu verunsichern und zugleich Ansatzpunkte für unsere Arbeit zu liefern.

Damit ist zugleich die primäre Funktion unserer Informationspolitik aufgezeigt, nämlich die Organisation der sozialistischen Bewegung und den Lernprozeß der Organisatoren selbst voranzutreiben. Das kann nur durch eine aktive Mitarbeit der arbeitenden Gruppen realisiert werden. Das heißt in der gegenwärtigen Aufbauphase der APOPRESS : ausfindigmachen von Informationsquellen, Auswerten der Informationen, Aufbau eines funktionierenden Informationsnetzes .

ZUM KAMPF DER WESTBERLINER GENOSSEN

Seit dem Beginn der öffentlichen Artikulation der sozialistischen Opposition in der BRD und Westberlin wird eine deutliche "Phasenverschiebung" zwischen Westdeutschland und Westberlin, was die Kampfstufe der Auseinandersetzung mit dem Herrschaftsapparat anbetrifft, beobachtet.
Diese Phasenverschiebung hat sich in der aktuellen Situation, in der der Widerstand gegen den Nixonbesuch und die "Bundesversammlung" exemplarisch hervortreten, erneut konkretisiert.
1) Die Demonstrationen der Westberliner Genossen anläßlich des Nixonbesuches und der Bundesversammlung haben gelehrt, daß die massenhaften, militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei auf den Westberliner Straßen zunehmend eine Auszehrung der eigenen Kräfte bewirkten und zumindest kurzfristig mit keinem Erfolg rechnen können.
2) In Westberlin ist die Notwendigkeit der linken Widerstandsbewegung, eine gültige und basismobilisierende Alternative zwischen westlichem Spätkapitalismus auf der einen Seite und dem revisionistischen Staatsmonopolismus auf der anderen Seite zu demonstrieren, dringlicher als in Westdeutschland.
In Berlin regiert spätestens seit der Steinschlacht der Genossen am Tegeler Weg im November der offene Polizeistaat. Die faschistische und auf jede Maske der Rechtstaatlichkeit verzichtende Senatspolitik der Neubauer und Hübner, die durch die hinlänglich bekannten Demonstrationsverbote und Versammlungsraumverweigerungen jegliche öffentliche Artikulation unserer Positionen im Ansatz zerschlagen wollen, findet ihr militärisches Instrumentarium in einem riesigen Polizeiaufgebot, das jüngst annähernd 10.000 Mann umfasste und mit den"Kräften"nicht zu sparen brauchte. Abgesehen davon, dass wir vorläufig nicht über die bewaffnete Qualität der japanischen oder italienischen Genossen verfügen, kann unsere Antwort darauf nur die verstärkte Arbeit an den relevanten sozialen Basen(Schule, Betrieb, Universität) sein, um diesen Terror zu unterlaufen. An der direkten, militanten Zersetzung des herrschenden Apparates aber sollten nur strafforganisierte, informelle kleine Gruppen an der jeweiligen sozialen Basis arbeiten. Nur eine verstärkte Kommunikation zwischen den arbeitenden Gruppen, die im Zuge der Dezentralisierung verloren gegangen ist, kann uns jedoch längerfristig dem Ziel einer straffen marxistischen Massenorganisation näherbringen.
Die jahrelangen Erfahrungen der Berliner Genossen in Diskussionen und Demonstrationen mit der revisionistischen SEW(SED Westberlin)haben verdeutlicht, dass sich eine mögliche Kooperation zwischen SED und SPD in Westberlin zukünftig als der Ordnungsfaktor gegenüber uns, unseren militanten Widerstandsaktionen und unserem Kampf um

eine emanzipative Selbstorganisation der Arbeiter in den Betrieben erweisen wird. Insofern ist eine temporäre Interessenidentität zwischen der SED und der ApO bezüglich einer selbständigen politischen Einheit Westberlins, Loslösung Westberlins aus der wirtschaftlichen und politischen Verflechtung mit der BRD und eines ohnehin notwendigen wirtschaftlichen Arrangements Westberlins mit dem Comecon zwar reizvoll, aber ein "rotes Berlin" nach unseren Vorstellungen würde sich gegenwärtig auf dem geschilderten Hintergrund kaum länger als 2 Monate halten können.
Auch hier verweist uns die Problematik auf uns selbst. Notwendig ist mehr denn je eine verstärkte sozialistische Arbeit in den Reproduktionsbereichen des imperialistisch orientierten autoritären Staates hier und gründlichere Analysen des Revisionismus und seiner konkreten kleinbürgerlichen Ausprägung in der DDR. Nur dann kann Westberlin der Hebel sein, aus der antiautoritären Revolte eine sozialrevolutionäre Bewegung zu machen.

NEUER HAFTBEFEHL IN DER SACHE KARL HEINZ ROTH

Nachdem die Angelegenheit des flüchtigen K.H.Roth lange Zeit hindurch ohne besonderes Interesse für unsere Obrigkeit erschien, erließ am 14.2.69 Richter Vogt einen neuen Haftbefehl. Das steht in Zusammenhang mit der nun auch in Hamburg wieder in Gang kommenden Hochschulrevolte, sowie der Tatsache, daß der erste Haftbefehl gegen Roth juristish auf schwachen Füßen stand. Man will also sichergehen.

Roth wird vorgeworfen : Hausfriedensbruch und Beamtennötigung anläßlich der disziplinarrechtlichen Vernehmung von SDS-Genossen am 31.1.68 , sowie anläßlich des 1. Mai Widerstand gegen die Staatsgewalt, Bannkreisverletzung, etc..
Die Begründung der Untersuchungshaft ist verblüffend simpel : Nachdem im ersten aufgehobenen Haftbefehl wegen der "ideologischen Bindung" des Beschuldigten Verdunkelungsgefahr bestanden haben sollte, nachdem Roth ein Jahr hatte "verdunkeln" können, genügt jetzt als Haftgrund die Feststellung, daß Roth sich der Haft entzieht !

GOTTSLEBEN AUS DEM UG ENTLASSEN

Der anläßlich der militanten Erstürmung des Phil-Turms der Hamburger Universität durch radikale Polizisten verprügelte und in Untersuchungshaft genommene Berliner Student Gottsleben ist am Freitag gegen 17 Uhr aus der Vorbeugehaft entlassen worden.

ABLEHNUNG DER HAFTBESCHWERDE IN DER SACHE SCHMIEDEL

Schmiedel bleibt weiterhin in Untersuchungshaft. Es besteht Fluchtgefahr, weil er ohne festen Arbeit und weil seine Ehefrau "erst" im zweiten Monat schwanger sei und sie ihn wegen gleicher politischer Gesinnung begünstigen würde. Es bestehe aber insbesondere Verdunkelungsgefahr, weil der Sozialistische Bund für Demonstranten bestimme, daß sich Festgenommene nach der Entlassung sofort mit anderen Festgenommenen in Verbindung zu setzen habe. Verdunkelungsgefahr aber bestehe auch, weil er mit Gesinnungsgenossen in Kontakt stehe, was die während der Haftzeit an ihn gerichteten Briefe beweisen, sowie die telefonischen Drohungen und die nächtlichen Aufforderungen per Megaphon vor dem UG.
Der Vollzug der U-Haft und ihre bisherige Dauer stehe auch nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache und der zu erwartenden Strafe; denn der Beschuldigte sei verdächtigt, ein Verbrechen begangen zu haben. (Anm. d. Red.: er hat demonstriert.)

CÄSAR IM GEFÄNGNIS

Der Spartakus-Buchhändler Cäsar Reiser ist an der französischen Grenze verhaftet worden uns sitzt im Gefängnis. Er benötigt dringend Geld, um einen französischen Rechtsanwalt nehmen zu können. Spenden auf das Konto des Rechtshilfefonds : Bank für Gemeinwirtschaft 90 338 , Stichwort "Cäsar".

AUS DEM BERICHT ÜBER DAS BUNDESWEHR-BUNDESSEMINAR DES SDS UND PROGRESSIVER VK-GRUPPEN

Aus der Analyse der Genesis der bewaffneten Streitkräfte der BRD, der historisch-politischen Situation des "Ost-West-Konflikts" und der allgemeinen Funktion der Streitkräfte und der Rüstung im Spätkapitalismus ergaben sich folgende Aspekte für die Funktion der Bw :
1. Sie hat eine außenpolitische Funktion, aber nicht im Sinne der Militärideologie. Historisch war die Bw gedacht als Instrument des roll-back und in der zweiten Phase nach dem Scheitern der Dulles-Politik als Instrument des containment gegen das sozialistische Lager ,gegen die Länder der Trikontinentale und gegen gesellschaftsemanzipatorische Bewegungen innerhalb des spätkapitalistischen Lgers .
Die Bw soll eine Schutzfunktion gegen kommunistische Aggression haben, die aufgrund der Doktrin der kommunistischen Weltrevolution als äußerste Gefahr den abhängigen Massen suggeriert wurde und wird. Von hierher und von der Funtkion der Verteidigung der Grundordnung der BRD her sind die bewaffneten Streitkräfte legitimiert. Verteidigung und Schutz erweisen sich der kritischen Rationalität als Scheinlegitimation, als Repressionsmittel und als Vorwand. Einmal ist Verteidigung aufgrund der waffentechnischen Entwicklung (sowohl hinsichtlich der konventionellen Waffen: Napalm, Flächenschießen, Langstreckenraketen, als auch hinsichtlich der ABC-Waffen : z.B. taktische A-Waffen) , aufgrund der militärstrategischen Lge Westdeutschlands (WD ist im Falle eines Krieges Hauptkampfschauplatz und Opfer von Angriff-und Verteidigungswaffen) und aufgrund der NATO-"Verteidigungsstrategien" (so nach dem NATO-Dokument C 14/III und nach dem Luftverteidigungsplan) weder hinsichtlich der Verteidigung des Territoriums noch erst recht hinsichtlich der der Zivilbevölkerung unmöglich, zum anderen erweist sich auch die Funktion des Schutzes als Vorwand. Seit der Chruschtschow Kennedy-Ära wird die "friedliche Koexistenz" praktiziert nicht als friedliches Nebeneinander verschiedener gesellschaftlicher Systeme, sondern faktisch als durch die Absprache der beiden Atomgiganten USA und UdSSR garantierte Aufteilung der Welt und als manifeste Internationale der Unterdrückung von US - Imperialismus und imperialer stalinisch-bürokratischer SU-Konflikte in der Einflußsphäre der einen Supermacht werden von der anderen lediglich unter verbalradikalen Protesten als interne Konflikte ohne Einmischung geduldet (siehe Dominikanische Republik, US-Invasion im Libanon, israelisch-arabischer Konflikt, Vietnam, DDR, Ungarn, CSSR, etc..). Die "kommunistische Gefahr erweist sich faktisch als Fiktion. (Auf ihre gesellschaftlihe Funktion wird später eingegangen).
Aber in anderer Hinsicht hat die Bw in der Tat eine außenpolitische Funktion. Sie soll es den Machteliten Westdeutschlands ermöglichen, aufgrund der militärischen und ökonomischen Potenz auch in Westeuropa dominierenden politischen Einfluß zu erreichen (siehe den Plan des westdeutschen Monopolkapitals und seiner politischen Lakaien, das Projekt der "Formierten Gesellschaft" als ordnungspolitisches Modell für Westeuropa durchzusetzen.) Der militärische Einfluß der Bw in der NATO - immerhin ist die westdeutsche Armee die stärkste konventionelle Westeuropas, ist das Rüstungsbudget der BRD das größte Westeuropas, sind 33% aller wichtigen Posten der NATO-Stäbe von westdeutschen Generälen und Admirälen besetzt, ist ein ehemaliger Nazi-General Oberbefehlshaber von Europa-Mitte etc. - schlägt sich selbstverständlich auch in einem politischen Einfluß nieder, der in der Forderung zunähst nach atomarer Mitverfügung Und Mitbesitz (siehe das neueste Projekt Großbritanniens, der Niederlande und der BRD zur Atomgewinnung) dann nach Hegemonie in Westeuropa gipfelt.

Eine weitere außenpolitische Funktion der Bw liegt in der Rolle der BRD als Teil des US-imperialistischen Lagers in der Internationale der Unterdrückung. So trainiert die Bw Offziere und Mannschaften afrikanischer Armeen(Senegal, Nigeria, Südafrika) und asiatischer Armeen(Südvietnam, Indonesien), für die systematische Unterdrückung revolutionärer Emanzipationsbewegungen, durch Bw-Militäberater in den Staaten der Dritten Welt, durch Rüstungs- und Wirtschafthilfe, durch die Zusammenarbeit mit den fascisti-

schen und diktatorischen Staaten Portugal und Griechenland.

2. Im spätkapitalistischen System hat die Bw eine eminente öokonomische Funktion: sie sichert zumindest tendenziell die Vollbeschäftigung und ermöglicht es sogar, daß hunderttausend Gastarbeiter in WD arbeiten können(hierdurch wird in den "unterentwickelten" Ländern der "freien Welt", Süditalien und Sizilien, Türkei, Griechenland, Portugal, Spanien, verhindert, daß eine offene revolutionäre Klassenkampfsituation entsteht, dadurch daß unbeschäftigte Massen abgezogen werden können: hier wird also pazifiziert.) Bewaffnete Streitkräfte und die dadurch ermöglichte Rüstungsindustrie sichern steigende Profite, Vernichtung des gefährlichen Surplus, verhindern die Aufdeckung der latenten sozialistischen Strukturen in der Großindustrie, in der per Rüstung längst die Kosten sozialisiert sind, die Profite aber privatisiert bleiben, finanzieren die Investitions- und Entwicklungskosten für den technologischen Fortschritt.

3. Die nach Ansicht des Seminars wesentlichste Funktion der Bw ist innen- und gesellschafts-schaftspolitisch.

a) Die Bw hat als "autoritäre Schule der Nation" eindeutig eine Disziplinierungs- und Formierungsfunktion.. Nahezu 50% aller tauglichen Wehrpflichtigen gehören für 18 Monate dieser undemokratisch strukturierten und antidemokratischen Institution an, die für die Herrschenden der stärkste Repressions- und Manipulationsapparat ist. Die zum größten Teil unpolitischen und durch Elternhaus, Schule und Betrieb und Massenkommunikationsinstrumente entpolitisierten Soldaten sind hier einer umfassenden Reglementierung und einem totalen, unentrinnbaren Abhängigkeits- und Zwangsverhältnis unterworfen. Systematisch wird der Wille des Einzelnen gebrochen durch ein absolutes Befehl-Gehorsam-Verhältnis, wird der einzelne eingeschüchtert und durch die vielfältigen Repressionsmöglichkeiten diszipliniert, bis er völlig verfügbar und einsetzbar geworden ist. Er lernt es, das unbedingte Vorgesetzter-Untergebener-Verhältnis zu verinnerlichen und wie ein Pawlowscher Hund auf Befehl zu reagieren. Ziel der Ausbildung ist der als Teil einer militärischen Einheit funktionierende Soldat, der sich unter-und einordnet. Dadurch , daß er seine Rechte als Vergünstigungen erfährt, die in der Praxis minimalisiert werden, wird er korrumpiert. Die Korrumption fördert dazu noch der Aufbau der Ausbildung : der dreimonatigen Grundausbildung, die den Soldaten physisch und psychisch erschöpft, folgen 15 Monate, die mehr oder weniger vergammelt werden.
Während der Bw -Zeit wird der Soldat systematisch antikommunistisch und im Sinne der Interessen der Herrschenden indoktriniert. Jegliche Meinungsäußerung, die nicht im Sinne der Herrschenden, und ihrer regierenden und militärischen Masken ist, wird unterdrückt, besonders druch die Maulkorbparagraphen 7,8,15,17 des Soldatengesetzes. Kritik an den Grundlagen der westdeutschen POlitik,an der Verteidigungs-,Außen-, und Ostpolitik der Regierung ist wehrkraftzersetzend, Verstoß gegen die "Pflicht zum treuen Dienen", gegen das Ansehen der Bw, etc. Das Ergebnis der Dienstzeit ist ein angepaßter, entdemokratisierter, sich willig unterordnender,entpolitisierter Bürger, der die hierarchische Ordnung, das Prinzip des Gehorsams und des Dienens im Sinne der Machteliten, der unbedingten Anerkennung irrationaler Autorität und Herrschaft internalisiert hat. Er ist leichte Beute der gesamtgesellschaftlihen Manipulations- und Integrationsmechanismen- oder nach den Worten des Jahresberichts 1967 des BdI : "Ein gedienter Arbeiter ist ein guter Arbeiter."

b) Aufgrund der Notstandsgesetze ist die Bw zum stärksten Instrument der Konterrevolution und des Polizeistaates geworden. Sie wird im von den Herrschenden gegen uns inszenierten Notstand und im Spannungsfall zum Schutz ziviler Objekte, wie der Springer-Druckereien und Verlagshäuser , zum Schutz von Fabriken und Sendern, Regierungs- und Verwaltungsgebäuden und zur Verkehrsregelung,dh. zur Zerschlagung von Demonstrationen eingesetzt.Sie ist Bürgerkriegs-und Streikbrecherorganisation bei allen politischen Streiks(unerlaubt sind Streiks als politisches Kampfmittel und Streiks, die gegen die sog. Sozialadäquanz verstoßen.) Die Bw übt systematisch den Einsatz im Innern, das Zerschlagen von Streiks, die Niederwerfung von Demonstrationen, Saalschlachten, Häuser- und Straßenkampf. Die Soldaten aber werden nicht nur technisch-taktisch auf

passivierende Resignation der Verweigerer gefördert, die sie aus der revolutionären Bewegung ausschloß.
Das Recht der Kriegsdienstverweigerung war, solange es als Privileg für individualethische Verweigerer zur Befriedigung ihres privaten "Gewissens" verstanden wurde, die intendierte Funktion des Alibis, machte es zu einem Herrschaftsinstrument der Machtclique durch die scheintolerante Verschleierung der Inhumanität des Systems, die so erreicht wird. Kriegsdienstverweigerer wurden, solange sie die Verweigerung als Einzelakt zur Sicherung und Wahrung ihrer persönlichen moralischen Integrität sahen - und Art. 4,3 GG hatte das nur gewollt - zu ungewollten und unbewußten komplicen des repressiven Systems. Indem sie die oktroyierten Spielregeln der repressiven Gesellschaft, die Zersplitterung und Solidaritätshemmung beabsichtigt, durch die Inanspruchnahme des Grundrechts der KDV akzeptierten, halfen sie mit an der Verbergung der latenten oder als normal geltenden inhumanen Auswirkung irrationaler Herrschaft. Die KDV wurde so Asuweis herrschender Toleranz und funktionierender Demokratie. KDV war geduldetes und von den Herrschenden korrumpiertes und korrumpierendes Instrument der Unterdrückung demokratischer Opposition. Die den Kriegsdienstverweigerern gewährte Toleranz war einmal scheinhaft, da sie zwar das verbale Bekenntnis zum "Pazifismus" erlaubte, nicht aber die Tat zur Ermöglichung dessen durch gesellschaftsrevolutionierendes Handeln, zum zweiten repressiv, da sie den Einzelnen genügsam machte und ihn hinderte, die von den Herrschenden gesteckte Grenze der "Toleranz" zu überschreiten.
Die Kampagne der massenhaften politischen Kriegsdienstverweigerung muß die Verweigerung als Instrument der Täuschung und des Freispruchs des Systems umfunktionieren in ein Instrument des bewußten Widerstandes.
Ein weiterer Teil der Kampagne ist die Heranziehung und systematische Schulung von Kadern, die in die Bw gehen wollen, damit sie taktisch richtig vorgehen und als "Wissende" nicht unter dem physischen und psychischen Druck zerbrechen.

5. Zur Sabotagediskussion wurde scharf verurteilt, wenn in der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung mit der organisierten Konterrevolution durch Gewaltakte menschengefährdende Sabotageakte durchgeführt würden. Sabotage wurde inhaltlich als Sabotage des inneren Dienstbetriebs bejaht. Erst in einer Situation des inszenierten Notstandes, in dem die sozialistische Opposition vernichtet werden soll, hat Sabotage als materielle Sabotage einen politischen Stellenwert; sie ist dann geradezu eine Frage des Lebens und Überlebens.

6. Da die Bw wie jede andere hochtechnisierte Armee immer mehr zu einer Berufsarmee wird, (60 % Berufs- und Zeitsoldaten gegenüber 40 % Wehrpflichtigen heute), die Herrschenden aber nicht auf eine "Schule der Nation" und auf eine totale Militarisierung verzichten können, muß in eine Anti-Bw-Strategie auch die Stategie des Kampfes gegen die paramilitärischen Organisationen, in die aufgrund der NS-Gesetze die Wehrpflichtigen eingezogen werden können, einbezogen werden. Dieser Aspekt wurde nicht näher diskutiert.

7. Die Anti-Bw-Strategie ist nur Teilstrategie; sie muß immer gesehen werden als Strategie gegen ein Instrument der Konterrevolution, deren Ziel die Veruntauglichung dieses Instruments ist. Sie kann nicht die Errichtung von Doppelherrschaft sein mit dem Ziel, daß sich aus der Basis direktdemokratische Organisationstypen bilden. Sie ist eingeschränkt in ihrer Funktion, nicht gesellschaftsemanzipierend. (Weiters. APOPRESS Nr. 3, auch die Beschlüsse des Seminars dort nachzulesen.)

Die VK-Gruppe Hamburg fühtt jeden Sonntag Kasernenaktionen vor den Hamburger Kasernen durch. Jede Aktionsgruppe für jede der 6 wichtigen Kasernen muß vier Mann und ein Auto umfassen. Alle Genossen, die an der Kasernenarbeit interessiert sind, werden gebeten, sonntags um 17 Uhr im VK-Büro, Große Bleichen 23/27 zu sein.

diesen Einsatz vorbereitet, sondern auch psychlogisch durch systematische Hetze gegen die emazipatorische Bewegung der Schüler, Studenten und Arbeiter.

4. Aus dieser Analyse der Funktion der Bw folgte die Diskussion über die Strategie der Anti-Bundeswehr-Kampagne, die im wesentlichen eine Diskussion der Strategie der Frankfurter Gruppe war.
Die Strategie unseres Kampfes vermag sich effektiv und real nur gegen die innen-und gesellschaftspolitische Funktion der Bw zu richten. Ziel unserer Kampagne ist die - zumindest partielle Verunsicherung, Zersetzung und Lähmung der Bw. Inhaltlich meint das, die irrationalen Autoritäten zu verlächerlichen und zu zersetzen,das sog. Vertrauens- und Kameradschaftsverhältnis zu unterlaufen, die Integrationsmechanismen zu druchbrechen, Unruhe in die Truppe zu tragen, kritische Gegenöffnetlichkeit herzustellen.
Unsere Mittel dazu sind
1. die verstärkte Produktion von Kriegsdienstverweigerern in den Kasernen ,
2. die Kader- und Basisgruppenarbeit in der Truppe ,
3. die permanente Aktion vor den Kasernen, die Kontakte nach innen erst schafft, aufrechterhält und ausbaut, und die koordierte Aktion und Arbeit von innen und außen.
Die Kriegsdienstverweigerung kann für uns dabei nur die Funktion eines Vehikels für unsere politischen Ziele haben. Sie ist noch bester Ansatzpunkt, Soldaten zu mobilisieren und zu politisieren , da sie eine gewisse Attraktivität besitzt. Zwar erreichen wir durch die steigende Zahl der Antragstellungen eine Verunsicherung der Bw in einigen, auch strategisch wichtigen Einheiten(Panzer-Artillerie- und Fernmeldeeinheiten), aber die dadurch an bestimmten Waffensystemen verursachten Ausfälle sind in keiner Weise bedrohlich und gefährlich für die Einsatzbereitschaft der Bw. Daß durch die steigenden Zahlen der Kriegsdienstverweigerer die Einsatzbereitschaft der Truppe gefährdet sei, ist Teil einer Kampagne der Herrschenden zur Ermöglichung der Einschränkung bzw. zeitweiligen Suspendierung des Rechtes der Verweigerung. Sie soll als beliebter Vorwand die notwendige Pogromstimmung der manipulierten Massen schaffen, die glauben sollen, die heilige Kuh "Sicherheit vor der Gefahr aus dem Osten" sei angegriffen, damit weitere Grundgesetzänderungen als im Interesse der Abhängigen liegend erscheinen.
Kriegsdienstverweigerer in der Truppe müssen politisiert werden, damit sie sich als politische Kader innerhalb der Kasernen verstehen können. Weiteres Mittel zur Erreichung unseres Ziel es ist die volle Ausnutzung des juristischen Freiheitsspielraumes der Soldaten. Die Kader arbeiten als Rechtsberater, die ihren Kameraden genau sagen können, wie und wo sie sich wehren können. Sie arbeiten so, daß sie sich bei ihnen beliebt und nützlich machen, um so zu informellen Führern von Kameradschaftsgruppen zu werden. Sie verlächerlichen und verunsichern die Autorität der Vorgesetzten im politischen Unterricht. Sie erreichen dadurch, daß sich ihre Kameraden nicht mehr,da sie rechstbewußt geworden sind, einschüchtern lassen, daß sie selbstsicherer werden, daß sie nicht mehr voll verfügbar und einsetzbar sind, daß sich ein Problembewußtsein bei ihnen bildet. Sie erreichen dadruch, daß die Autorität der Ausbilder und Offiziere untergraben, das Vertrauensverhältnis gestört und die Integration und Formierung- zumindest teilweise- erheblich gestört wird. Dadurch schaffen sie die Voraussetzung für Gegeninformation ,Mobilisierung und Politisierung ihrer Kameraden, die ,wenn sie die latenten Widersprüche des Systems erkennen, selbst Kader werden können,sodaß es zur Bildung von Basisgruppen und Widerstandszentren in den Einheiten selbst kommt. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die Intentionen der Herrschenden mit dem Recht der Kriegsdienstverweigerung nicht erfüllt werden, daß es sich als Bumerang für sie erweist. Durch den Gewissensvorbehalt des Artikels 4,3 GG wurde eine Privatisierung, Entsolidarisierung und Isolierung der Verweigerer sowohl von den Nichtverweigerern, als auch von anderen Verweigerern erreicht, sodaß sich keine solidarischen Gruppen bilden konnten. Damit blieb die Verweigerung das Recht weniger Einzelner, gleichzeitig wurde die Doppelisolierung internalisiert. Gesellschaftliche Konflikte verinnerlichte und privatisierte der Einzelne ohne politische Konsequenzen. Damit wurde eine

Die bisherige Reaktion auf die Anti-Bundeswehr-Kampagne

Die Reaktion der Herrschenden auf die Strategie der Anti-BW-Kampagne konkretisiert sich momentan auf mehreren Ebenen, um die angestrebte Disziplinierung der Truppe zu effektivieren oder wiederherzustellen. Aus dem nachfolgenden, detailierten Bericht "Zur Situation in den Kasernen" lassen sich die wesentlichen Ansatzpunkte herauskristallisieren:

- Verhinderung der Kommunikation zwischen Soldaten und jeder Art von Bundeswehrgenern
- Diskriminierung und Kriminalisierung (staatsfeindlich, wehrkraftzersetzend) des grundgesetzlich verankerten Kriegsdienstverweigerungsrechtes
- Direkte Einschränkung des bisherigen Verweigerungsrechtes
- Psychologische Anti-ApO-Aufbereitung der Truppe

ZUR SITUATION IN DEN KASERNEN

Wegen der Wahl des Bundespräsidenten hatten Einheiten der Bundeswehr Ausgangs- und Urlaubssperre: hierbei handelte es sich besonders um Einheiten der Führungstruppen, von Panzer- und Artillerietruppen.
Bei den laufenden Manövern und Übungen stehen Strassen- und Häuserkampf, Bandenbekämpfung und militärischer Einsatz unter den Bedingungen des "verdeckten Kampfes" auf dem Manöverplan.
Besonders seit Ende Dezember 68 kann man eine verstärkte und systematische Hetzkampagne in den Kasernen gegen die ApO, besonders gegen SDS und im Einzugsbereich der Frankfurter VK-Gruppen (Hessen, Rheinland-Pfalz, Rhön) gegen den VK feststellen. Kompanichefs spielen mit ihren Einheiten -besonders Grundausbildungseinheiten- eine Übungslage durch, bei der SDS-Genossen, "Banditen, Handlanger Ulbrichts, Staatsfeinde" genannt, Kasernen belagern und stürmen.
Das Verbrechen von Lebach wird unterschwellig mit der ApO in Verbindung gebracht.
Bei Briefaktionen der Frankfurter VK-Gruppe wurden bislang ungefähr 15.000 Soldaten angeschrieben: ihnen wurden Informationsmaterialien zur Kriegsdienstverweigerung, zum Beschwerderecht und zur Gelöbnisverweigerung zugeschickt. Während wochenlang solche an geschlossenen Einheiten (Kompanien, Bataillone) gerichteten Briefe zwar vor der Auslieferung geöffnet, vom MAD und vom Sicherheitsoffizier gelesen und registriert wurden, dann aber während einer besonderen Einheitsbelehrung verteilt wurden, wurden zwei Briefsendungen an das Panzergrenadierbataillon 42 in Kassel, Wittichkaserne und an eine Kompanie des Panzerartilleriebataillons 55 vom Sicherheitsoffizier angehalten und von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, da die Sendungen "wehrkraftzersetzend" seien und die Sicherheit der BRD gefährdeten. Inhalt der Sendungen waren Informationen über besondere, verschwiegenen Vorkommnisse in den beiden Kasernen und Informationen über Rechte der Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten.
Die Hamburger VK-Gruppe schickte in einer Briefaktion an das Luftwaffenausbildungsregiment 1 in Pinneberg Flugblätter, in denen sie die Soldaten über ihr Recht der Gelöbnisverweigerung aufklärten (kein Gelöbnis auf die Notstandsverfassung). Die Briefe wurden Dienstags in Pinneberg aufgegeben; samstags wurden die Briefe zum Teil ausgegeben.
Flugblätter, gleich welchen Inhalts, die jeden Sonntag an die aus dem Wochenendurlaub zurückkehrenden Soldaten verteilt werden, werden als "wehrkraftzersetzend" und als "die Ordnung und Sicherheit der Bundeswehr gefährdend" bezeichnet, auch wenn sie nur über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aufklären. In allen Waffengattungen gibt es Regiments-, Divisions- und Bataillonsbefehle, wonach diese Flugblätter von den Soldaten nicht angenommen werden dürfen. Soldaten, die die Flugblätter angenommen haben, müssen sie an der Wache abliefern. Sonst werden sie durchsucht oder vorläufig festgenommen.
In Veitshöchheim wurde ein Soldat, Kriegsdienstverweigerer, zu 21 Tagen Arrest verurteilt, weil er vor der Kaserne ausserhalb des Dienstes und in Zivil Flugblätter zur Kriegs-

dienstverweigerung des VK verteilte. Begründung: der VK sei eine "staatsfeindliche Organisation"; Teilnahme an Aktionen des VK sei "wehrkraftzersetzend".
In Kassel wurden Soldaten wegen derselben Tat ebenfalls zu 21 Tagen Arrest verurteilt. Begründung: ihr Handeln sei "wehrkraftzersetzend" und "verfassungsfeindlich", weil der VK, von dem die Flugblätter waren, "die BW zersetzen" wolle und "die Revolte der ApO in die BW tragen" wolle.
Kriegsdienstverweigernde Soldaten wurden, obwohl sie in Zivil, in ihrer Freizeit und ausserhalb des Bundeswehrgeländes eigene Flugblätter verteilten, in denen sie auf ihre Diskussionsabende aufmerksam machten, vorläufig festgenommen und für 24 Stunden in Arrest gehalten, weil "befürchtet werden musste, dass sie Flugblätter des VK verteilten. Ein Eingreifen der Wache war auf Grund des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang der BW notwendig, weil der Verdacht bestand, dass Gefahr im Verzuge sei."
Zwei Kriegsdienstverweigerer, z. Zt. noch Soldaten, wurden zu 14 bzw. 10 Tagen Arrest verurteilt, weil sie Informationsmaterial des VK in der Kaserne weitergegeben haben. Begründung: Werbung für eine extreme politische Gruppe, daher Verstoss gegen §15 Soldatengesetz (unerlaubte politische Betätigung).
Der Verlierer der Bundespräsidentenwahl gab einen neuen Erlass zur Behandlung kriegsdienstverweigernder Soldaten heraus. Schröders Erlass, der am 1.3.69 in Kraft trat, bestimmte, dass Kriegsdienstverweigerer in der Truppe gegen ihre Gewissensentscheidung Dienst mit der Waffe leisten müssen bis zu ihrer rechtskräftigen Anerkennung. Gleichzeitig sinkt die Anerkennungsquote in den beiden ersten Instanzen für Soldaten; gleichzeitig werden die Verhandlungen in den Prüfungsausschüssen und -kammern verschärft. Mehr als 1800 Kriegsdienstverweigerer stellten ihren Antrag auf Anerkennung im Januar 1969.

jeden Mittwoch, 20 Uhr BW-Projektgruppe
Arbeitskreis "Faschisierungstendenzen in der BW"
VK, Grosse Bleichen 23/27, Zi. 163

jeden Sonntag, 17 Uhr
Aktionsbesprechung, anschliessend Kasernenaktion
KC, Rothenbaumchaussee 95

Die SDAJ veranstaltet ein Arbeiterjugendgericht am 14.3.69, 19 Uhr im Haus der Jugend, Stintfang, Alfred-Wegener-Weg
Aufgezeigt werden sollen Disziplinierungsmaßnahmen gegen Lehrlinge.
Aus der vom SDAJ zu diesem Anlaß hrsg. Pressemitteilung sind zwei Punkte erwähnenswert:

- Wie dem Jahresbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages zu entnehmen ist, wird zusätzlich zu den schon auf Länderebene bestehenden Betriebsschutzeinrichtungen eine "Bundesstelle für innerbetriebliche Sicherheit" eingerichtet, der die Aufgabe zukommt, die Koordination aller Maßnahmen zur Abwehr von Streiks, Fabrikbesetzungen, politischer Agitation in den Betrieben vorzunehmen und eine einheitliche Strategie zur Diziplinierung der Arbeiter, zunächst insbesondere der Lehrlingen auszuarbeiten.
- Im Zusammenhang damit steht ein Artikel in dem Mitteilungsblatt der Innung für Radio- und Fernsehtechnik Hamburg (Dezembernummer 1968) mit dem Titel "Achtet auf die Lehrlinge", wo vor "zerstörerischer Agitation" unter den Lehrlingen gewarnt wird. In sechs Punkten empfiehlt die Innung den Lehrherren gegenüber den kritischen Lehrlinegn ein bestimmtes Verhalten. Unter anderem wird eine vorzeitige Entlassung aus dem Lehrverhältnis, wenn die Gefahr besteht, daß die Lehrlinge aufsässig werden, gefordert

....

PROZESSTERMINE

Mi 12.3.69	9.00	zi.107	Verkehrsgericht Karl-Muck-Platz : Dusoldt	- Springer-Fahrer, der Dietmar Schmidt Ostern überfuhr
Do 13.3.	8.15	Zi. 279	Strafjustizgebäude (wie alle folgenden Termine) Schütt, Christian, Neckermann, Steckel Wissmann	- Berufung
Mo 17.3.	8.30	160	R. Christian	- Beleidigung Wehners (Schwein) anläßl. 1. Mai Kundgebung
	9.00	186	R. Oberlercher	Hausfriedensbruch x in Gericht und Uni am 15.8.68 anläßl. des Simon-Prozesses x und Widerstand g. Staatsgewalt
Di 18.3.	9.00	186	Neckermann	Bannmeilenverletzung und Hissen einer Fahne am Rathaus anläßl- 18.5.68 - Demonstration gegen die Notstandsgesetze
Do 20.3.	9.00	186	Helga Milz	"Springer : Mörder Dutschkes" an den Fernsehturm gemalt am 11.4.68 Dutschke-Attentat
Di 25.3.	9.00		H. Oehrens	Artikel in "Zur Sache "

Näheres zu den Terminen auf Anschlägen im RC Hambrug, Rothenbaumchaussee 95 , oder im Arbeitskreis Justiz, der sich mittwochs 18.30 im RC trifft.

VORBEUGUNGSHAFT - TEACH -IN

MITTWOCH 19. MÄRZ 1969
AUDIMAX 20.00 UHR

Das Sozialistische Lehrlingszentrum , Hochallee 21, hat über mehrere Wochen eine Flugblattkampagne gegen die geplante und schon zum Teil praktizierte Vorgeugungshaft an Hamburger Berufsschulen durchgeführt.
Im Teach-in am 19.3. werden die Arbeitsergebnisse der Sozialistischen Lehrlinge zusammengefaßt und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt.
Unter vier Aspekten soll die Vorbeugungshaft kritisch beleuchtet werden

- o die juristische Unhaltbarkeit der V -Haft
- o die inhaltliche Identität zwischen Vorb.haft und NS-Schutzhaft
- o politische Auswirkungen der geplanten V - Haft
- o Konsequenzen und Gegenmaßnahmen

Dieses teach in ist die erste politische Veranstaltung von Leh rlingen und Jungarbeitern in Hamburg. Aufgabe des teach-in soll vorrangig sein, Lehrlinge und Jungabeiter zu informieren und politisch zu aktivieren.

Projektgruppe : Vorbeugungshaft
Sozialistisches Lehrlingszentrum , 2 HH 13, Hochallee 21, Tel.: 4104703

WOCHENENDSEMINAR DES ARBEITSKREISES EMANZIPATION
am 15./16.3.69 im RC Hamburg Beginn: Sa 15.3. 14 Uhr

Dieser Beitrag soll insbesondere den Frauen, die nicht an unserer Arbeit teilnehmen konnten, ermöglichen, die Entwicklung der Diskussion nachzuvollziehen und somit Anregung sein, sich am Wochenendseminar des AK Emazipation zu beteiligen.
Wir gingen anfangs von der Konzeption aus, unsere eigenen Probleme zum Asugangspunkt der Diskussion zu machen. D.H. wir kamen einem uns allen gemeinsamen Bedürfnis, nämlich unsere persönlichen Probleme und Schwierigkeiten mit anderen Frauen zu diskutieren, entgegen. Idem wir nun diese Probleme, die wir ja als isolierte Individuen erfahren hatten, zur Diskussion stellten, erreichten wir folgendes :

1. Wir haben unsere "Privatsphäre" öffentlich gemacht, unsere Isolation durchbrochen und so tendenziell mit der Politisierung unseres Privatlebens begonnen.

Wir haben schnell erkannt, daß die verschiedensten Repressionen nicht spezifisch an uns oder unseren jeweiligen Partner gebunden sind, sondern daß sie allgemeinere, nämlich gesellschaftliche Ursachen, haben.

2. Das übliche zwischen Frauen herrschende Konkurrenzverhältnis wandelte sich, nachdem diser repressive und jeden emanzipatorischen Ansatz unterdrückende Mechanismus einmal erkannt war, um in eine Solidarität unter eben diesen Frauen : weil sie erkannt hatten, daß die Rolle der Frau keine schicksalhafte Gegebenheit ist.

Wir sprachen über : Abhängikeit vom Partner und die daraus resultierenden Minderwertigkeitsgefühle; das ständige Zurückstellen der eigenen Interessen unter Rücksichtnahme auf den Mann ; die Anpassung an den Mann, die dann zu Idnetitätsproblemen führt; festgefahrene Arbeitsteilung im Zusammenleben mit einem Mann; d.h. der Mann leistet die theoretische Arbeit, und die Frau schleppt das Material heran und sorgt für das leibliche Wohl ; die Probleme, die für die Frau entstehen , wenn ein oder mehrere Kinder da sind : Abbruch des Studiums oder das Auf geben des Berufes etc.

Nachdem wir diese Stufe der Diskussion durchlaufen hatten, sahen wir die Notwenigkeit, diese Probleme, die ja bislang immer nur unserem Erfahrungsbereich, d.h. den Erfahrungen von Frauen, die in unserer Gesellschaft druchaus privilegiert sind, entsprachen, zu verallgemeinern.
Wir teilten uns in recht traditioneller Weise in kleine Arbeitsgruppen auf, die nun gewissermassen die Theorie zu unseren Problemen liefern sollten. Es bestanden folgende Arbeitskreise :

- Frau und Familie
- Kindererziehung
- Kinderladen
- Sexualität
- Frau und Beruf , unterteilt in Arbeiterin, Angestellte, Akademikerin
- Doppelrolle der Frau (Ehe-und Hausfrau und Beruf)

Nur wenige dieser Gruppen haben kontinuierliche Arbeit geleistet, einige haben sich aufgelöst. die Frustration über diesen Mißerfolg war bei uns umso größer, da dieses Ergebnis ja das Vorurteil, daß Frauen nicht zu theoretischer Arbeit befähigt seien, zu bestätigen schien. Dazu aber ist zu sagen :

1. Gerade für uns Frauen bedeutet es eine doppelte Anstrengung, theoretisch zu arbeiten, da wir nie die Möglichkeit hatten, uns theoretisch zu profilieren. Zum anderen hindert uns unsere Selbsteinschätzung, also internalisierte Vorurteile, ohne Hemmnis eine längere kontinuierliche Arbeit zu leisten.

Dies ist jedoch nur die subjektive Seite des Scheiterns dieser Arbeitskreise.

2. Wichtiger erscheint mir, unsere Fehleinschätzung von theoretischer Arbeit überhaupt. Wir alle hatten das Bedürfnis, oder vieelleicht standen wir auch unter dem Zwang-Leistungsdruck - erst einmal sehr viel Wissen zum akkumulieren. Was wir dabei völlig aus dem Auge verloren, war die politische Praxis, in die unsere Thorie umzusetzen war.

Das Wochenendseminar soll einer Reorganisation unseres Arbeitskreises dienen. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Strategie für das kommende halbe Jahr festsetzen.

Unsere vorläufige Tagesordnung :

1.) Fragen und Neuvorschläge zur Organisation, insbesondere wird das Problem der Kommunikation behandelt werden.
2.) Die Frau an der Universität und die damit verbundene Hochschulpraxis im kommenden Sommer-Semester.
3.) Antiautoritäre Kindererziehung und das Projekt des Kinderladens des RC, sowie eine mögliche Krabbelstube die über den Asta finanziert werden könnte.
4.) Schulausbildung, speziell : Mädchenerziehung und die Problematik der Pädagogischen Hochschulen.
5.) Frau und Familie.
6.) Welche Möglichkeiten gibt es Kontakt zu den Frauen von U-Häftlingen zu bekommen und inwieweit können wir eine Selbstorganisation dieser Frauen initieren ?
7.) Weibliche Lehrlinge die sich bereits selbst organisiert haben werden über ihre Arbeit berichten.
8.) Frau und Sexualität.

Soweit die vorläufige Tagesordnung. Wir freuen uns über ergänzende Vorschläge und Beiträge. Sollte sich eine Diskussion im Plenum als wenig effektiv erweisen, werden wir uns den Themen entsprechend in kleine Arbeitsgruppen auflösen, um nur die Arbeitsergebnisse abschliessend gemeinsam zu diskutieren. Für Kinder werden wir einen Spielraum einrichten damit auch alle interessierten Mütter die Möglichkeit haben am Seminar teilzunehmen.

Anfragen bei : Angela Luther und Angelika Ebbinghaus. Tel: 44 82 50/48 13 83 .

Hilfe für die MPLA

Für die angolesische Befreiungsfront MPLA wird eine Medikamentensammlung vom Internationalismusreferat durchgeführt. Wir haben von der MPLA eine Liste von Medikamenten und Ausrüstungsmaterial für den medizinischen Hilfsdienst zur Ausstattung dreier Landkrankenhäuser mit je 100 Betten erhalten. Die Liste ist zu erhalten bei F. Stöwsand. Gleichzeitig ist für die MPLA ein Spendenkonto eröffnet worden. Kontonummer: 47 271 "Angola" Dresdner Bank, Hamburg.

Einfluss der liberalen Presse

Nachdem im STERN ein Artikel über die antiautoritären Kindergärten in Westberlin erschienen war(Titel: Deutschlands schmutzigste Kinder), scheiterte das Kindergarten-Projekt des Arbeitskreises antiautoritärer Kindergarten im RC Hamburg vorläufig daran, dass die Vermieterin einer dafür vorgesehenen Wohnung auf Grund des STERN-Artikels ihre feste Zusage zurückzog.

UZ-NEUES DKP -PARTEI ORGAN

Wie schon in der letzten Nummer kurz erwähnt, erscheint ab Mitte März wöchentlich "Unsere Zeit-das sozialistische Wochenblatt" mit einer Startauflage von ca. 140.000, einem Umfang von ca. 36 Seiten und lokalen Anhängen, dessen Hauptsitz Essen sein wird. Vorbereitet wird das Erscheinen von Eberhard Weber, bisher bei der "TAT", Frankfurt. Weber hatte bereits vor Jahren in Mannheim ein Blatt namens "Unsere Zeit" redegiert. "UZ" wird ein Konglumerat aller Zeitungen wie BLINKFÜER, TATSACHEN etc. (ausser: DVZ und TAT) sein.

Krach in KONKRET

Klaus Rainer Röhl, wie Rudi Augstein an der Elbchaussee siedelnder "verhinderter Großgrundbesitzer" (so ein Mitglied der Westberliner APO), hat Schwierigkeiten. Der Herausgeber und Chefredakteur des sich links gebenden Massenblattes (letzte Auflagen ca. 230 000) ließ seinen bisherigen geschäftsführenden Redakteur Stefan Aust, den er sich vor drei Jahren direkt vom Gymnasium in die Redaktion geholt hatte, gehen. Aust, mit seinen 21 Jahren mehr Manager als politischer Kopf, hatte in den beiden letzten Monaten einen erheblichen Politisierungsprozess durchgemacht. Er hatte mit Ulrike Meinhoff, die ihm vorwarf, das Profitinteresse seines Chefs zu stark zu verinnerlichen, und Mitgliedern der Hamburger ApO diskutiert, wie KONKRET zu einer ApO Zeitschrift werden könne, ohne an Auflagenstärke zu verlieren.

Im einzelnen waren folgende Vorschläge in die Diskussion gebracht worden:

- Aufbau eines Redaktionsarchivs (KONKRET lebt von der Hand in den Mund, die Recherchierarbeit ist bis jetzt ausschliesslich Sache der Autoren)
- Beseitigung der entpolitisierenden Sex-Titelaufmachung
- Einrichtung eines Redaktionskollektives, das weitgehende Selbstverwaltungsrechte erhält
- Institutionalisierung eines arbeitsteilig spezialisierten Mitarbeiterstabes

Als Röhl von den Diskussionen erfuhr, setzte er ihnen einen Schuß vor den Bug. Er verwahrte sich gegen die, wie er sagte, "außerredaktionelle Opposition" und pochte auf das auch für Konkret ausschließlich gültige Profitprinzip. Röhls Gegenmaßnahmen:

- o erschloß mit dem ahnungslosen AUSS-Vertreter Kahl einen Redaktionsvertrag ab
- o er holte sich den Herausgeber des Westberliner "Charlie kaputt", Peter Homann, nach Hamburg
- o er ließ Stefan Aust nach einer redaktionellen Auseinandersetzung nach einwöchiger Kündigung gehen. Aust hatte schon mehrfach mit seinem Asustieg gedroht , um sich der sporadischen Eingriffe Röhls in die redaktionelle Arbeit zu erwehren. Bis jetzt hatte Röhl ihn immer mit einer Gehaltserhöhung bei der Stange gehalten (letztes Gehalt : 3.250 DM im Monat ; Aust hatte vor drei Jahren mit 450.- monatlich angefangen!)
- o er übereignete seinem Vertriebschef Steffens, der in jüngster Zeit mehrfach forderte, man müsse nach links Ballast abwerfen, 30 % der Verlagsanteile.

Indes, es gelang Röhl nicht ganz, die der APO angehördenden Mitarbeiter teilweise abzustoßen, teilweise sich einzukaufen. Nach heftigen Auseinandersetzungen, in denen Röhl andeutete, es sei wohl inzwischen an der Zeit, dezidiert auf einen "liberaleren" Kurs einzuschwenken, und sich von der APO zu distanzieren, wurde eine "Kontrastredaktion" gebildet. Ihr Ziel : außerhalb der offiziellen Konkret-Redaktion für Konkret zu schreiben und ihre Artikulationsprobleme politisch zu diskutieren. Der Kontrast - redaktion gehören u.a. an : Ulrike M. Meinhoff, Kahl, Lothar Menne, Peter Homann. Wer für Konkret arbeiten möchte, sollte sich ausschließlich an dieses Kollektiv wenden.

Befürchtete Pressekonzentration Gruner&Jahr endet mit Kompromiß

Um das liberale verlegerische Dreigestirn Gruner/Jahr/Bucerius rankten sich in der letzten Woche Pressekonzentrationsgerüchte, die in Verbindung mit dem Bauer Verlag gebracht wurden. ("Stern" sollte an Bauer Verlag kommen.) Anscheinend hat aber Henri Nannen (über 1 Milliarde Jahresumsatz) mit der Androhung eines Generalstreiks Konzentrationsausmaße, die selbst Springer übertroffen hätten, zunächst aufschieben und - von der Redaktion autorisiert - die Verleger zu einem Kompromiß führen können. So wird aus einer drohenden Pressekonzentration aus taktischen Gründen eine Neuaufteilung der Verlegerischen Anteile nach dem Drittelprinzip. R. Gruner (bisher 39,5 %) , gibt 6,2 % an seine Mitverleger ab, die dann auch jeder 33 1/3 % haben werden.

INTERNATIONALISMUS - BUNDESSEMINAR DES SDS IN HAMBURG

Die Erfahrung der linken Studentenbewegung in den letzten drei Jahren hat gezeigt, daß die Solidarisierung mit dem Befreiungskampf der "Dritten Welt" und der Peripherie-Länder Europas eine mobilisierende Wirkung nicht nur auf Studenten, sondern auch auf andere Gruppierungen hatte. Diese Solidarisierung läuft jedoch Gefahr - da sie vor allem spontanen Charakter hat - abstrakt und folgenlos zu bleiben, insofern sie nicht konkrete Formen der Hilfeleistung annimmt.
Aus diesen Überlegungen entsprang die Notwendigkeit, vorerst alle Internationalismus-Projektgruppen des SDSzu koordinieren, damit sie eine allgemeines Strategie entwickeln, um die Forderungen des internationalen Klassenkampfes wirksamer entgegenzukommen.
Zu diesem Zweck befaßte sich das Bundeseminar, das in der Zeit vom 31.1. bis 2.2.69 im RC Hamburg statgefunden hat, mit folgenden Themen :

- o Intensivierung der Kontakte zwischen den Internationalismus-Gruppen im SDS auf Bundesebene
- o Verstärkung der Kommunikation und des Informationsaustausches zwischen den Gruppen
- o Koordinierung der Aktionen, Beziehungen zu den Klassenkampforganisationen in Westeuropa (Frankreich, Italien) , den revolutionären Organisationen der nationalen Befreiung in den Peripherie - Ländern Europas (Griechenland, Spanien, Portugal), den Volksbefreiungsfronten in der "Dritten Welt" (Vietnam, Angola, Bolivien, etc.) und den befreiten Gebieten der "Dritten Welt" (Nordvietnam, Nord-Korea, Kuba, Volksrepublik China)
- o Theoretische und praktische Arbeit zwecks Entlarvung der konterrevolutionären Tätigkeit in den Metropolen.

Ausführlich wurde vor allem über die Lage des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien in Afrika, in Palästina und über die Perspektivender Intensivierung der nationalen Befreiung in den Peripherie-Ländern Europas berichtet. Es ging den Teilnehmern darum, konkrete Formen zur iddellen und amteriellen Unterstützung der revolutionären Kräfte zu finden. In diesem Sinne schlug das & INFI Berlin vor, eine Kampagne zur "Zerschlagung der Enzwicklunsghilfe" in Gang zu setzen; die Kampagne ZERSCHLAGT DIE ENTWICKLUNGSHILFE soll Studenten und Lehrlinge agitieren und damit die Aus - beutung und konterrevolutionäre Tätigkeit der Metropolen verhindern.
Ferner kann die Kampagne unter der Parole "Mißbrauch der Wissenschaft" auf die gesamte Universität ausgedehnt werden. Durch gezielte Anprangerung der konterrevolutionären Tätigkeit bestimmter Professoren und Institute wird die Abhängigkeit der Universität vom Verwettungszwang des Kapitals gezeigt und können die aktuellen Universitätskonflikte in einen Argumentationszusammenhang mit der Asubeutung der "unterentwickelten" Länder gebracht werden.
Anmerkung . Dieser Bericht soll gleichzeitig als ein Appell verstanden werden an alle Genossen, die ein Interesse daran haben, in einer der Internationalismus-Projektgruppen mitzuarbeiten. Bis jetzt existieren in Hamburg folgende Gruppen :
Griechenland und Lateinamerika.
Näheres ist im ASTA zu erfahren.

MEDIKAMENTENSAMMLUNG

Für die angolesische Befreiungsfront MPLA wird eine Medikamentensammlung durchgeführt. Wir haben von der MPLA eine Liste von Medikamenten und Ausrüstungsmaterial für den mdeizinischen Hilfdienst zur Ausstattung dreier Krankenhäuser mit je 100 Betten erhalten. Die Liste ist zu erhalten bei F.Stöwsand. Gleihzeitig ist für die MPLA ein Spendenkonto eröffnet worden : DRESDENER BANK HH , 47 271 , "Angola" .

VERHALTEN BEI PROZESSEN

A) Vorbereitung der Prozesse

1. Vorladungen der Polizei oder der Staatsanwaltschaft braucht man nicht zu zu befolgen.
   Zur Fütterung des Papierwolfes empfiehlt es sich allerdings, sich erst ein bis zwei Mal zu entschuldigen, um dann unentschuldigt fernzubleiben.
2. Man kann dann von einem Richter vernomen werden.
   Vordiesem muß man nur zur Person aussagen, d.h. Name, Adresse, Geburtstag, Beruf , Wohnung, Staatsangehörigkeit, Stand. Zur Sache darf man immer schweigen, ohne daß dies als "Geständnis" gewertet werden darf. Es empfiehlt sich dringend, nichts auszusagen. Wir argumentieren nur in der Hauptverhandlung, d.h. in der Öffentlichkeit.
3. Verhalten bei Zustellung von Strafbefehlen oder - verfügungen
   Dagegen ist innerhalb einer Woche nach Zustellung Einspruch einzulegen. Nach Ablauf der Frist werden Strafbescheide rechstkräftig. Die Zustellung des Bescheids erfolgt druch den Briefträger mittels einer Postzustellungsurkunde. Wird der Empfänger nicht persönlich angetroffen und ist auch kein Familienmitglied da, so legt der Postbeamte den Strafbescheid bei dem Postamt nieder. Damit beginnt die Frist zu laufen, und nicht etwa mit Abholung von der Post !!! Wer längere Zeit verreist, muß unbedingt dafür sorgen, daß ihm die Post nachgesandt wird oder jemand durch Postvollmacht zum Empfang berechtigt wird, damit rechtzeitig Einspruch eingelegt werden kann.

Ein Einspruch sieht so aus :

> Name Adresse Datum
>
> An das
> Amtsgericht in
> ....
>
> betr. : Strafbescheid - Geschäftszeichen
>
> Gegen den mir am ... zugestellten Strafbefehl (Strafbescheid) lege ich hiermit Einspruch ein.
>
> Unterschrift

Eine Begründung ist nicht erforderlich.
Wichtig : Wer die Einspruchsfrist versäumt hat, kann u.U. Wiedereinsetzung in " den vorigen Stand" beantragen, wenn er durch unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert war. In diesem Falle möglichst einen Anwalt beantragen - Adressen bei der lokalen Rechtshilfe -

4. Ist der Einspruch fristgerecht erfolgt, kommt es zu einer Gerichtsverhandlung. Dafür rechtzeitig nach Zeugen und Beweismaterial Umschau halten. Oft findet sich so etwas bei der lokalen Rechtshilfe, wenn die Genossen nach Aktionen dort sofort Bilder, Gedächtnisprotokolle, etc.. mit Name, Adresse und Datum abgeliefert haben.
5. Jedes Verfahren ist mit der lokalen Rechtshilfe - möglichst nicht erst einen Tag vor dem Prozeß - zu besprechen ! Unterlagen mitbringen !
6. Auch andere Fragenm , wie Anzeigen gegen Bullen, Disziplinarverfahren und Arbeitsgerichtsverfahren usw. mit der lokalen Rechtshilfe besprechen.
7. Bereite den Prozeß inhaltlich vor , d.h.

a) Vorbereitung von Argumentationsketten über die jeweilige Problematik des Prozeßanlasses . Gutachten darüber bei der Rep. Hilfe anfordern.
b) Vorbereitung von Argumentationsketten über die Problematik der revolutionären Gegengewalt (Nach dem neuesten Urteil des Bay OLG ist ein sit-in auf der Straße bereits Gewalt, d.h. Verurteilung wegen Landfriedensbruch.
c) Kritische Aufarbeitung der Methodik richterlicher Urteilsfindung. Dazu : Hubert Rottleutner " Ansätze zur Rechtstheorie , zu erhlaten bei Rep. Hilfe, 1.-DM.

8. sachverständige zu verschidenen politischen problemen bestellen ! möglichst über einen Anwalt durch den Gerichtsvollzieher laden lassen, er ist dann präsentes Beweismittel und die Chance, daß er auch gehört wird, ist um vieles größer.

9. Wird ein Sachverständiger dennoch abgelehnt, weil ein Gericht angeblich selbst die nötige Sachkenntnis besitzt (§ 244 Abs. IV StPO) , dann beweise ihnen in der Verhandlung das Gegenteil.

B) Verhalten des Angeklagten im Prozeß

1. Du mußt deinen prozeß führen und nicht der Vorsitzende

2. Du mußt den Prozeß inhaltlich als Aktion vorbereiten - durch Flugblätter, Wandzeitungen, Diskussionen auf Veranstaltungen , Gutachten von der Rep. Hilfe etc..
Mit dem Anwalt die Strategie absprechen

3. Bei Befragung zur Person politischen Lebenslauf formulieren

4. Du mußt dich über alle Prozeßbeteiligten informieren, um entsprechende Fragen und Ablehnungsanträge stellen zu können - NS.Vergangenheit, Verhalten und Aussprüche bei anderen Prozessen, etc.

5. In jedem Prozeß sind Bullen die Hauptbelastungszeugen. Frage sie nach ihrer Ausbildung, lies vorher das Asubüldungsbuch Kadamu (Kann ich, darf ich muß ich) für Handbuch für Polizisten.

6. Im prozeß ist Zeitgewinn das wichtigste ; Du mußt wenigstens einen Tag zum Üben haben.
   a) Du kannst jederzeit reden - & 240 StPO-
   b) Du kannst dir über jeden prozessualen Shritt Rechtsbelehrung geben lassen, ihn zu Protokoll geben lassen und Beschlüsse herstellen lassen. Tu es oft !
   c) Gib möglichst viel zu Protokoll !
   d) Du kannst jeden Beteiligten aus Besorgnis der Befangenheit ablehnen. Frage deshalb auch die Schöffen nach ihrer Vergangenheit !

7. Laß dich nicht durch scheinliberales Gehabe des Richters von Deiner politischen Argumentation abbringen.

8. Vergiß nicht, in der Regel hast du d r e i Instanzen !

C) Was das Publikum so alles kann umachen kann
....

1. möglichst vorher mit dem Angeklagten die Aktionen besprechen.
2. Die Verhandlung muß auf Tonband aufgenommen werden. (Das Gerät gut verstecken)
3. Man kann sitzen bleiben, wenn alle anderen aufstehen.
4. Es gibt Sprechchöre und Lieder (Texte liefert im Bedarfsfall die Rep. Hilfe)
5. Man kann einen Sitzstreik machen, wen einer abgeführt soll.
6. Die Wandelgänge und Wartegänge sind manchmal zu weiß, sie bedürfen einer Schönheitsreparatur.
7. Man kann einen Molotowcocktail finden und den Fund dem Vorsitzenden laut melden.

8. Wenn der Saal geräumt wird, kann man singen oder auch Flugblätter werfen.

D) WAS TUN, wenn es eine Ordnungsstrafe gibt

1. Du hast ein Recht auf Anhörung
2. Erläutere dann politisch deine sogenannte "Ungebühr"
3. Wenn du sitzt, verlange sofort die Verordnung über den Vollzug der Zivilhaft. Rechtspsrechung dazu bei der Republikanischen Hilfe anfordern.
4. Du darfst ein möglichst neues Buch behalten.
5. Du kannst Zigaretten und Lbensmittel kaufen.
6. Suche Kontakt zu den Mithäftlingen.
7. Geh in den Gottes dienst, dort triffst du viele an und hast Gelegenheiten zu Aktionen.

Die Justizkampagne ist vorläufig die Kampagne der Justiz und nicht des SDS. Die Offensive der Justiz muß offensiv bekämpft werden, d.h. wir müssen den Konflikt nicht in den gerichtssaal tragen und so die Isolation der Richter zu unserer eigenen machen, sondern wir müssen den Konflikt dort weitertreiben, wo er gefährlich ist und deshalb bestraft wird : in den Universitäten, im Betrieb und auf der Straße.

ZENSUREN-UND POLIZEITERROR

Anfang jeden Jahres steigt mit dem Leistungsdruck durch bevorstehende Schulabschlüsse und Versetzungen auch das Unbehagen und der Zweifel an der Berechtigung solcher Reglementierungen unter den Schülern. In diesem Jahr nahm das Hamburger Schülerparlament(HSP)in Aktionseinheit mit dem AUSS und dem USB die Ausgabe der Osterzeugnisse am 15.3. zum Anlass,um am 6.3. auf einem allgemeinen Teach-in diese Zweifel zu artikulieren. Die Absichten des ,von den drei Gruppierungen gestellten,Aktionsausschusses waren:
1)Die Mobilisierung der Schüler anhand des Zeugnisterrors,der sich in dem apädagogischen Leistungsprinzip begründet und somit effektives Lernen , Bildung der Kritikfähigkeit und eigenständige Problembewältigung unmöglich macht.
2) Initiierung von eigenständiger Basisgruppenarbeit an den einzelnen Schulen, um im Einüben der Selbstorganisation praktikable Alternativen zum bestehenden autoritären Schulsystem zu entwickeln.
3) In einem exemplarischen Akt den Widerstand der Schüler gegen die Schulbehörde einleiten.

Mehrere Wochen lang wurde darum mit einigen 1oooo Flugblättern und vielen Plakaten in den Schulen für das teach-in geworben. Zusätzlich wurden in der Nacht vom 4. auf 5. März noch mindestens 11 Schulen mit Aufrufen bemalt; die Direktoren erstatteten sämtlich Anzeige gegen Unbekannt.
Die erste Aktionseinheit des offiziellen Schülerparlamentes mit den beiden politischen Schülergruppen (AUSS , USB) aber sollte von der Gegenseite (Schulbehörde) durch Drohung mit finanziellen Repressionen und Versammlungsraumverweigerung bereits im Ansatz gesprengt werden. Die Aktionseinheit erschien der Behörde umso bedrohlicher, als sie das bisher unpolitische und linientreue HSP nun nicht mehr für ihre Minderheitentheorie gegenüber AUSS und USB mißbrauchen konnte.

Das teach-in fand - mit Unterstützung des AStA - dennoch statt.
Eingangs gab Landesschulsprecher Hanser einen Situationsbericht speziell über die Schikanen der Schulbehörde. Dann hielten Vertreter des HSP und USB Referate über verschiedene Themen. Eines brachte empirische Belege für die Unhaltbarkeit der Zeugnisse, indem es ihre Relativität in Bezug auf den jeweiligen Klassenverband aufzeigte und ihre Subjektivität in Bezug auf Anti- und Sympathien des beurteilenden Lehrers. Das Leistungsprinzip, das der Zensurengebung zugrunde liegt, wurde als unpädagogisch entlarvt, da es dem "schlechten Schüler" die notwendige Selbstbestätigung entzieht, die er zur Verbesserung seiner Position innerhalb der Klasse bräuchte und ihn so zum "ewig Letzten" degradiert.
Ein weiteres Referat ging auf die katastrophalen Asuwirkungen der Zeugnisse auf den verschiedenen Ebenen ein. Im Bereich der Klasse bewirkt die Abhängigkeit der Zensuren vom Klassendurchschnitt, daß der Einzelne an einem möglichst niedrigen Niveau interessiert sein muß und so ein Konkurrenzdenken hervorgerufen wird, was jede kollektive Problembewältigung sowei die Bildung einer vom Klassenniveau unabhängigen Kritikfähigkeit unmöglich macht. Im sozialen Bereich bedeutet der Zeugnisterror häufig eine hochgradige Fremdbestimmung , wenn z.B. das für den selbstgewählten Beruf notwenidge Schulziel nicht erreicht wird. Außerdem wird durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Schüler auch in bezug auf kostspielige, systemimmanent aber notwendige Nachhilfestunden von Staats wegen immer noch eine Auswahl im Sinne einer gesellschaftlich privilegierten Schicht getroffen.
In der Diskussion wurde dann das ursprüngliche Ziel für die geplante und genehmigte Demosntration , nämlich die Schukbehörde, fallengelassen, weil man eine mögliche harte Auseinandersetzung mit der Polizei vermeiden wollte. Das neue Ziel , eine Schulbesetzung, konnte dem Plenum im Rahmen des teach-ins nicht ausreichend vermittelt werden. Eine Tatsache, die sich später paralysierend auf dessen Druchführung auswirkte.
Der sich darauf formierende Demonstrationszug zog die Grindelallee herunter in Richtung Schulbehörde Eimsbüttel. Die Demosntranten versuchten dann, in das Wietschaftsgymnasium Schlankreihe einzudringen; die Scheiben der Tür wurden eingedrückt, dem Hausmeister die Schlüssel entwendet. Da jedoch die Menge der Demonstranten wegen der mangelhaften Vermittelung der Zielsetzung die Vorgänge am Schultor falsch deuteten, zogen sie in Richtung Bismarckschule und Gymnasium am Kaiser-Friedrichs-Ufer weiter. Die Polizei, die durch ihr massiertes Auftreten die Demosntration von Anfang an diffamierte, bildete vor der Kreuzung plötzlich eine Kette. Asl die Demonstranten die Absperrung an den Seiten durchsickert hattem, setzten die Bullen Greiftrupps ein, die aus der Menge Einzelne, wie sich später herausstellte, aktive AUSS und USB - Schüler , herausgriffen. Auf diese Verhaftungen reagierten die Schüler mit einer bei Hamburger Studenten noch unbekannten Spontanen Militanz. Gefangene wurden befreit, einer sogar mehrmals hintereinander. Ein zum Abtransport vorgesehener Peterwagen (VW) wurde druch Entfernen der Kontakte und des Benzinschlauches aus dem laufenden Motor lahmgelegt. Dennoch kam es zu insgesamt 9 Verhaftungen. Nachdem ein großteil der Demonstranten zum Audimax zurückgekehrt waren, und dort weitere Bestzungen erwogen, wurde im Po lizeifunk durchgegeben, daß die Schüler auf dem Campus nicht behelligt werden, aber jeder Versuch, ihn zu verlassen, mmit allen Mitteln zu verhindern sei. Dieses Vorgehen der Polizei und außerdem noch die Verschleppung eines Schülers am selben Abend beim Verlassen des RC (ED - Behandlung) zeigen deutlich die Hysterie der Polizei gegenüber einer zur stud. revolutionären parallellaufenden Bewegung der Schüler. In der Mensa II wurde noch am Nachmittag eine emotionalisierte und unzureichende Manöverkritik geleistet, die später im RC auf einem rationaleren Niveau weitergeführt wurde. Wichtigste Punkte der Diskussion dort waren die Erörterung

o der Möglichkeiten der Basisgruppenarbeit

o der Probleme der Vermittelung an noch unpolitische Schüler

o der konkreten Widerstandsmöglichkeiten im Unterricht.

Eine theoretische Asuwertung dieser Aktionen und die daraus resultierenden Perspektiven wird von den beteiligten Gruppen geleistet werden und in einer der nächsten Nummern der APOPRESS erscheinen.

HOPPE WIRBT FÜR BERLIN

Um die Lebensunfähigkeit Berlins unter den Bedingungen des status quo noch eine Zeitlang weiter zu verschleiern, hat der Senator für Gesundheit, Arbeit, Soziales , Senatsdirektor Hoppe, eine kostspielige Werbeaktion initiiert.
Ab März sollen Werbe- und Informationsbusse 108 Städte der BRD bereisen, begleitet von Anzeigen und Beilagen in Tageszeitungen, zum Teil auch in Zeitschriften.
Ziel dieser neuerlichen Subverntion: man erhofft sich mindestens 2.000 zuwandernde Arbeitskräfte im Monat für Berlins Wirtschaft, der andererseits gerade die produktiven Industriezweige(zuletzt AEG Turbine) entzogen werden .

SPD ZUR VORBEUGUNGSHAFT

Auf dem am Wochenende in Hamburg stattfindenden Parteitag der SPD (wo die Teilnehmer die Anrede "Genosse" wieder zu pflegen begannen) wurden drei Anträge eingebracht, wovon sich einer gegen die Vorbeugehaft richtete, der abgelehnt wurde. Angenommen wurde der Antrag, der beinhaltete, daß die bisherigen Gesetze nicht ausreichten und deshalb das "bestehende Recht erweitert werden" müßte.

SELBSTORGANISATION von SCHÜLERN

In der Staatlichen Schule für Gesundheitspflege Iserbrook war von den Schülern diese Woche ein Dikussionsabend durchgeführt worden. Hauptpunkte: Aufstellen eines neuen Lehrplans, der von den Schülern selbst gestaltet werden soll. Er bezieht sich auf die Fächer Pädagogik, Psychologie, Soziologie und Nebenfächer. Oberschuldirektor Frau Klages versuchte die Diskussion und Teilnahme von Studenten des PI (Päd. Instituts) und des Sozial pädagogischen Zusatzstudiums q abzuwürgen durch ein formales Verbot und die - angeblich ohne Aufforderung der Direktorin - erschienene Polizei, was aber nicht gelang.
Die Schüler beschlossen eintimmig die Annahme des neuen Lehrplanes und stellten die Forderungen auf , daß 1. Zeugnisse abgeschafft würden
2. Selbstorganisieren des Schulbetriebes.
Ab Mittwoch wird ihnen die Möglichkeit gegeben , da man von Behördenseite erwartet, daß dieser Versuch scheitern wird.

Hiermit abonniere ich APO-PRESS zum halbjährlichen Bezugspreis von DM 8.00 (vierteljährlich DM 5.00). Den Betrag zahle ich auf das Postscheckkonto: Hamburg M. Deter 2293 32

NAME ADRESSE
